



Landtag Rheinland Pfalz  
23.10.2019 09:49  
Tgb.-Nr.



Staatskanzlei Rheinland-Pfalz | Postfach 38 80 | 55028 Mainz

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses für  
Europafragen und Eine Welt  
Herrn Andreas Hartenfels, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz



BEVOLLMÄCHTIGTE DES  
LANDES BEIM BUND UND  
FÜR EUROPA, FÜR MEDIEN  
UND DIGITALES

Peter-Altmeier-Allee 1  
Eingang Deutschhausplatz  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-4771  
Mail: Poststelle@stk.rlp.de  
www.stk.rlp.de

22. Oktober 2019

Mein Aktenzeichen  
0102-0001#2019/0012-  
0201 25.0007

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail  
Anja Fischer  
anja.fischer@stk.rlp.de

Telefon / Fax  
06131 16-4742

### 31. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 24. September 2019

hier: TOP 5 Finnische EU-Ratspräsidentschaft  
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der SPD  
Vorlage 17/5336 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gemäß der erfolgten Zusage lasse ich den Mitgliedern des Ausschusses in der Anlage den erbetenen Sprechvermerk zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Raab

**Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 24.09.2019**

**TOP 5: Finnische EU-Ratspräsidentschaft**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT  
Fraktion der SPD  
Vorlage 17/5336

Finnland hat turnusgemäß am 1. Juli dieses Jahres den Vorsitz im Rat der EU übernommen. Gemeinsam mit dem Vorgängerland Rumänien und dem Nachfolgeland Kroatien wird die finnische Leitung den Kurs der EU-Politik somit in den nächsten Monaten entscheidend mitbestimmen.

Lassen Sie mich Ihnen die Schwerpunkte des finnischen Sechsmonatsprogramms vorstellen. Das Motto der finnischen Ratspräsidentschaft lautet: „Ein nachhaltiges Europa, eine nachhaltige Zukunft“. In der Formulierung der vier Hauptprioritäten, auf die ich sogleich en détail eingehen werde, wird übrigens deutlich, dass Finnland als erstes Vorsitzland die neuen Schwerpunkte der Strategischen Agenda 2019-2024 in seinen Arbeiten berücksichtigt

Die erste Hauptpriorität räumt Finnland der „Stärkung der gemeinsamen Werte und des Rechtsstaatlichkeitsprinzips“ ein.

Zum einen sollen die bestehenden Instrumente zur Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit gestärkt und weiterentwickelt werden. Dabei möchten die Finnen insbesondere über die so genannte Konditionalität verhandeln, also die Frage, ob die Auszahlung von EU-Finanzmitteln in der neuen Förderperiode ab 2021 an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien gekoppelt werden soll. Auch soll der Kampf gegen Korruption verschärft werden.

Zum anderen möchte das Vorsitzland bessere und effizientere Maßnahmen finden, die der Einhaltung der gemeinsamen Werte in den Mitgliedstaaten dienen. Gleichstellung und Inklusion sind zwei dieser Werte, die durch eine umfassende EU-Strategie gestärkt werden sollen.

Nachhaltigkeit als Leitprinzip der finnischen Ratspräsidentschaft bezieht gerade auch den Bereich Kultur mit ein. Die finnische Präsidentschaft betont die Bedeutung von Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Stärkung von Demokratie. Der Rat soll sich daher unter ihrem Vorsitz mit dem Zusammenhang zwischen Kultur und Nachhaltigkeit, Demokratie und Bildung beschäftigen. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat Bildung immer auch als ganzheitliche Bildung und als Grundlage von Partizipation und gesellschaftlicher Mitgestaltung verstanden. Sie teilt diesen Ansatz der finnischen Präsidentschaft daher ausdrücklich. Gerade in Rheinland-Pfalz, wo das Hambacher Schloss als bedeutende europäische Kulturerbestätte und als Symbol deutscher wie europäischer Demokratie immer auch eine besondere Verpflichtung bedeutet, sind wir uns der Bedeutung von Bildung und Kultur als Voraussetzung von Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt besonders bewusst.

Im November 2019 soll es zu einer Verabschiedung eines Ratsdokuments zum Thema „Kultur und Nachhaltige Entwicklung“ durch die Kulturminister kommen. Bereits unter der vorigen rumänischen Ratspräsidentschaft wurde der mögliche Beitrag der Kultur zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 im Ausschuss für Kulturfragen (AfK) diskutiert und konkrete Botschaften dazu an die Working Group on Sustainable Development übermittelt. Das geplante Ratsdokument soll die Sichtbarkeit des Themas erhöhen, seine kohärente und systematische Behandlung sicherstellen und den Beitrag der EU-Mitgliedstaaten (EU-MS) zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele stärken. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Beginn des informellen Trilogs zum Nachfolgeprogramm Kreatives Europa.

Ein Schwerpunkt im Bildungsbereich wird das nächste Erasmus-Programm sein. Dieses Programm, das europäischen Austausch und europäische Werten in den Bereichen Bildung, Jugend, Kultur und Sport fördert, hat für Rheinland-Pfalz erhebliche Bedeutung. So hat sich Rheinland-Pfalz beispielsweise die Stärkung der Europabildung auf die Fahnen geschrieben; die Europaministerkonferenz hat dies unter rheinland-

pfälzischen Vorsitz ausdrücklich zum Thema gemacht. Die finnische Präsidentschaft hat betont, dieses Programm stärken zu wollen. Dies ist ein Anliegen, das Rheinland-Pfalz besonders am Herzen liegt und für das die Ministerpräsidentin sich wiederholt stark gemacht hat.

Zu den weiteren Themen, die die finnische Ratspräsidentschaft im Bildungsbereich beschäftigen werden, gehört das „Lebenslange Lernen“. Zudem wollen die Finnen das Thema künstliche Intelligenz in Bildung und Ausbildung aufrufen.

Auf der finnischen Agenda für den Forschungsbereich steht die zukünftige Forschungs- und Innovations-Politik der EU und ein innovationsgeleitetes nachhaltiges Wachstum ganz oben. Ebenfalls wichtig sind die derzeit noch offenen Punkte im nächsten Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“. Hierbei spielt insbesondere das Thema Synergien zu anderen MFR-Programmen eine wichtige Rolle. Zu den weiteren Schwerpunktthemen gehört auch die Bioökonomie.

Hieran knüpft auch die dritte Hauptpriorität der Finnen an, namentlich „die Stärkung der EU als globaler Vorkämpfer für Klimaschutz“. Bis Jahresende soll zum Klimaschutz eine langfristige Strategie der EU für die Vereinten Nationen definiert werden. Außerdem soll der Übergang zu Bioökonomie und zu Kreislaufwirtschaft gefördert werden. Aus diesen klimapolitischen Betrachtungen heraus ist für die finnische Ratspräsidentschaft wirtschaftspolitisch eine Agenda des nachhaltigen Wachstums mit konkret zu entwickelnden Zielmarken bedeutend. Die Präsidentschaft hat daher begonnen, in den verschiedensten Ratsarbeitsgruppen Nachhaltigkeits- und Klimaaspekte auf die Agenda zu setzen und zu diskutieren.

Dazu gehört auch, dass Finnland eine Diskussion über die Reform der Energiebesteuerung einleiten will. Dies ist insofern von aktueller Relevanz, als die Europäische Kommission derzeit eine Bewertung der Energiebesteuerungsrichtlinie durchführt.

Rheinland-Pfalz unterstützt das Bestreben des Ratsvorsitzes für mehr Nachhaltigkeit. Dazu fanden Anfang des Monats zwei Veranstaltungen in der Landesvertretung in Brüssel statt, die präsentierten, wie sich das Land bereits engagiert – etwa im ökologischen Landbau als Beitrag für eine nachhaltige Landwirtschaft oder in der grenz-

überschreitenden Zusammenarbeit in der Großregion für mehr Klimaschutz – und welcher regulatorischen Verbesserungen auf europäischer Ebene und finanzieller Unterstützung im Finanzrahmen es noch bedarf.

Viertens schließlich priorisiert Finnland „die Gewährleistung umfassender Sicherheit für die Bevölkerung“.

In einer gestärkten Außenpolitik soll die EU aktiv in einen globalen Dialog mit Afrika, den USA, China und Russland treten. Parallel soll die Zusammenarbeit mit den sechs Partnerländern der Östlichen Partnerschaft vertieft werden.

Im Zusammenhang mit der Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit fordert der finnische Vorsitz eine Debatte über Künstliche Intelligenz und Digitalisierung. Rheinland-Pfalz gehört mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) Kaiserslautern, den Fraunhofer-Instituten, dem Fachbereich Robotik der Technischen Universität Kaiserslautern oder dem Fachbereich Informatik und dem Zentrum für Datenverarbeitung der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz zu den Innovationstreibern in diesen Bereichen. Daher ist diese Priorisierung zu begrüßen.

Zudem sollen die Arbeiten zur Bekämpfung von hybriden Bedrohungen und Cyberangriffen einheitlicher gestaltet werden. Auch für Rheinland-Pfalz gilt es, die Cybersicherheit auf einem der Bedeutung und Schutzwürdigkeit vernetzter Informationsinfrastrukturen angemessenen Niveau zu gewährleisten, ohne die Chancen und den Nutzen digitaler Medien zu beeinträchtigen. Erforderlich ist ein eng verzahntes Vorgehen der Akteure in Verwaltung, Wirtschaft und Forschung. Mit der Eröffnung des Cyber Defense Centers in Neustadt an der Weinstraße hat sich in Rheinland-Pfalz ein Unternehmen angesiedelt, das Akteure unterschiedlicher Branchen und Behörden in über 40 Ländern im Bereich Cyber Security schützt. Dabei erfassen Spezialisten innerhalb von 24 Stunden durchschnittlich knapp zwei Milliarden Security Events, decken Sicherheitslücken in Kunden-IT-Systemen auf und helfen bei deren Schließung.

Zusätzlich zu diesen vier Hauptprioritäten spricht sich Finnland für eine effiziente Migrationssteuerung aus.

Im Übrigen sollen die Ziele des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 den politischen Prioritäten der EU entsprechen. Die Verhandlungen über den Finanzrahmen soll der Rat im Herbst 2019 abschließen. Dieses wichtige Ziel wird schwierig zu halten sein. Es ist jedoch auch für Rheinland-Pfalz extrem wichtig, dass spätestens während der deutschen Ratspräsidentschaft ein Konsens gefunden wird, damit die Förderprogramme ohne oder nur mit kurzen Verzögerungen fortgesetzt werden können.